

Seoul denkt um – Südkoreas neue Ostpolitik

GEBHARD HIELSCHER

Nordkorea solle seine Politik einer gewaltsamen Kommunisierung des ganzen Landes aufgeben und statt dessen in einen echten Wettbewerb mit dem Süden darüber eintreten, „welches System — Demokratie oder kommunistischer Totalitarismus — dem Volk bessere Lebensverhältnisse bringt, in welcher Gesellschaft es sich besser leben läßt“. Die Fernsehansprache des südkoreanischen Staatspräsidenten und Ex-Generals Park Chung Hee aus Anlaß des 25. Jahrestags der Befreiung der koreanischen Halbinsel von japanischer Kolonialherrschaft enthielt noch eine Anzahl weiterer Äußerungen, die sich im westlichen Ausland nicht unbedingt sensationell anhören, in Südkorea jedoch bis vor kurzem als prokommunistische Propaganda strafrechtlich verfolgt worden wären.

So erklärte sich Park zu „epochalen und realistischeren Schritten“ bereit, die darauf gerichtet wären, „verschiedene künstliche Barrieren zwischen Nord und Süd zu beseitigen mit dem Ziel, die Voraussetzungen zu schaffen für eine Wiedervereinigung auf der Grundlage humanitärer Erwägungen“. Vorher allerdings müßte der Norden öffentlich den Widerruf seiner auf gewaltsame Revolution gerichteten Politik erklären und sich diese Erklärung sowohl von Seoul als auch von den Vereinten Nationen als ausreichend bestätigen lassen.

Trotz solcher wenig realistischer Vorbedingungen und obwohl Präsident Park es sich auch an diesem Tage nicht versagen konnte, den nordkoreanischen Partei- und Regierungschef Kim Il Sung einen „Kriegsverbrecher“ zu nennen, der zusammen mit seiner Clique „dem rigorosen Urteil der Geschichte und des Volkes unterworfen werden sollte“, wird man feststellen müssen: Seoul denkt um. Auch andere Anzeichen deuten darauf hin, daß die südkoreanische Regierung entschlossen ist, nach 20 Jahren strammen Anti-Kommunismus ihre Haltung zu überprüfen und ein neues Verhältnis zu den Ländern des Ostens zu finden. Daß dies auf die Dauer nicht ohne Auswirkungen auch auf die innenpolitischen Verhältnisse bleiben kann, liegt auf der Hand.

Auslösender Faktor dieser neuen Entwicklung ist der angekündigte Rückzug von etwa einem Drittel der gegenwärtig in Südkorea stationierten 60 000 amerikanischen Soldaten. Washingtons Ankündigung, diesen Truppenabzug noch vor Ablauf des Finanzjahrs 1970/71 — also spätestens bis Ende Juni nächsten Jahres — in die Wege zu leiten, kam für die südkoreanische Öffentlichkeit wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel. Weniger unvorbereitet traf diese Nachricht die Regierung. Dort hatte man schon längere Zeit Befürchtungen in dieser Richtung gehegt und sich bemüht, das schier Unvermeidliche noch möglichst lange hinauszuschieben und sich die Zustimmung zu den amerikanischen Sparplänen durch möglichst hohe Finanzhilfefzusagen Washingtons abkaufen zu lassen.

Gleichzeitig aber hatte sich der Nationale Verteidigungsrat unter Vorsitz von Ministerpräsident Chung Il Kwon zu Anfang dieses Jahres zusammengesetzt und eine Studie ausarbeiten lassen, in der die Auswirkungen des drohenden Abzugs der Amerikaner analysiert und Empfehlungen für die zukünftige Politik Südkoreas unterbreitet werden.

Südkoreas Außenpolitik — so heißt es in dem Papier, das inzwischen auszugsweise veröffentlicht worden ist — sehe sich in Sicherheitsfragen mit drei Problemen konfrontiert: der Änderung der amerikanischen Asienpolitik, Japans Wiederaufstieg und zukünftiger Rolle und dem neuen Realismus in den Vereinten Nationen. „Diese drei miteinander zusammenhängenden Probleme bedeuten gewiß neue Herausforderungen für die doktrinaire Haltung der bisherigen Außenpolitik der Republik Korea und zugleich Anregungen zu einer realistischen Änderung dieser Außenpolitik.“

Dabei machen sich die Verfasser der Studie keine Illusionen. „Es erscheint offensichtlich, daß die Zahl der in der Republik Korea stationierten US-Truppen schrittweise vermindert wird... Es ist jedoch wünschenswert, daß die Regierung der Republik Korea die US-Regierung davon überzeugt, in Anbetracht der psychologischen Faktoren, die den tatsächlichen Abzug begleiten würden, das Tempo des Abzugs von US-Truppen aus Südkorea zu verlangsamen.“

Trotz bitterer Erinnerungen an 36 Jahre japanischer Besatzung ist man sogar bereit, mit dem einstigen Erzfeind in Tokio zu paktieren. „Die Republik Korea, Japan und die Vereinigten Staaten könnten auf der Grundlage des koreanisch-amerikanischen Vertrags über gegenseitige Verteidigung sowie des US-japanischen Sicherheitspakts eine Dreierallianz bilden. Dadurch könnte die Republik Korea den Schock des US-Truppenabzugs von der Republik Korea mildern und gleichzeitig Japans militärische Verwicklung in die Verteidigung der Republik Korea begrenzen.“

Auch den sich wandelnden Realitäten bei der UNO sieht die Studie des Verteidigungsrats offen ins Gesicht. „Es wird erwartet, daß die UNO-Politik der Republik Korea... bei der 25. UN-Generalversammlung in diesem Jahr einen kritischen Augenblick zu gewärtigen haben wird... Die verschiedenen Korea-Resolutionen des kommunistischen Blocks... könnten die neutralen Mitglieder zu neuen Überlegungen provozieren... Die Regierung der Republik Korea sollte daher ihre UNO-Politik nicht darauf begrenzen, möglichst viele Stimmen für die Annahme der bestehenden traditionellen Wiedervereinigungsgrundsätze zu sammeln, sondern sie muß sich auf die mögliche Situation einstellen, die durch Annahme einer Resolution über die „gleichzeitige Einladung“ (von Nord und Süd) zugunsten Nordkoreas entstehen könnte.“

Seoul hat bereits begonnen, die Konsequenzen aus seiner neugewonnenen Erkenntnis zu ziehen. So hatte die Regierung aus Anlaß der Aufsichtsratssitzung der Asiatischen Entwicklungsbank im April erstmals beschlossen, auch den zunächst erwarteten Beobachtern aus Moskau und Ulan Bator Einreisevisa zu erteilen. Zum internationalen PEN-Kongreß, der ab 27. Juni eine Woche lang in der südkoreanischen Hauptstadt tagte (Thema: „Humor in Ost und West“), wurden mehrere Delegationen aus kommunistischen Ländern eingeladen. Und tatsächlich kamen die Jugoslawen! Ferner hat die Regierungspartei DRP beschlossen, das Außenhandelsgesetz Südkoreas zu ändern. War bisher jeglicher Handel mit Ländern des „kommunistischen Blocks“ untersagt, so soll dieses Verbot in Zukunft nur noch für „feindliche Länder“ gelten. Wer unter diese Kategorie fällt, das aber bestimmt die Regierung. Nach Er-

läuterungen, die Außenminister Choi auf einer Pressekonferenz gab, bezieht sich das im Augenblick vor allem auf die Volksrepublik China und Nordkorea.

Dank der neuen Bonner Ostpolitik scheint nun auch Seouls unnachgiebige Haltung gegenüber den Kommunisten im Norden ernsthaft erschüttert zu sein. Die Unterzeichnung des westdeutsch-sowjetischen Vertrags in Moskau — und die positive Ostberliner Reaktion darauf — scheinen die Gangart der südkoreanischen Wiedervereinigungspolitik zu beschleunigen. Die Fernsehansprache Parks vom 15. August 1970 ist der erste offizielle „Friedensvorschlag“ an Pjöngyang seit zehn Jahren und gewissermaßen eine Antwort auf nordkoreanische Wiedervereinigungs-Empfehlungen, die am 25. Juni aus Anlaß des 20. Jahrestags des Ausbruchs des Koreakriegs veröffentlicht worden waren.